

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Mk., monatl. 4,80 Mk. In den Ausgabenstellen monatl. 4,50 Mk. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Mk., monatl. 5,86 Mk. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Mk., Danzig 3 Mk., Deutschland 2,5 Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Besteher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die 80 mm breite Kolonialsäule 80 Groschen, die 90 mm breite Kolumnenzeile 150 Groschen, Danzig 20 Mk., 100 D. Pf. Deutschland 20 haw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschritt und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleitnummern: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 175.

Bromberg, Mittwoch den 4. August 1926.

33. (50.) Jahrg.

## Deutsche Innenpolitik.

(Von unserem ständigen Berliner Berichterstatter.)

Berlin, 1. August.

Eine spannende Geschichte ohne Pointe — das waren die letzten Wochen vor dem Auseinandergehen des Reichstags. Man ist im Deutschen Reich noch nicht so weit, auf politische Ereignisse Wetten zu machen. Sonst hätten die Buchmacher sette Gewinne einstecken können. Beim Rennen um den Volksentscheid wäre die Totalisatorkarte noch nicht allzu hoch gewesen. Dass er durchging, schien ausgeschlossen; die Vorauslagen schwankten zwischen 22 und 17 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Über das — was dann? gingen die Meinungen erheblich weiter auseinander. Auf der Bierbank wurden Prophesien über Rechtsputsch oder Linksputsch mit aufgebrachter Wichtigkeit flüsternder Geheimnistuerke oder behaglicher Breite erörtert. Andere Dinge vermittelten das Bild. Die Auguren behaupteten zu wissen, dass die Reinholdsche Finanzpolitik — Abbau der Steuern in Erwartung einer Belebung der Wirtschaft — fürchterlich scheitern müsse. Wie wird es mit dem Flaggenerlass? Gelingt eine Einigung über den Sozialtarif? Das waren so wichtige Dinge, um die die Gemüter sich erhitzten. Auflösung des Reichstagsesses schien das Mindeste, mit dem zu rechnen war. Und was geschah? Wer heute in Berlin politische Studien betreibt, findet eine Ferienstimmung, wie er sie in den glücklichsten Friedenszeiten vor 1914 nicht anmutiger finden konnte. Von leitenden Männern und Beamten ist fast jeder in Urlaub. Eine Nachfrage nach führenden Reichstagsabgeordneten ergibt, dass kaum Reichstagsabgeordneten hinterlassen sind. Für den sensationslüsternen Zeitungsleser ist es ein wahres Glück, dass der Frank fällt und dass in Magdeburg zwei Kriminalkommissare um die Palme Sherlock Holmes ringen. Die Börse ist unentwegt feist. Nur die ständigen Auseinandersetzungen über produktive oder nichtproduktive Erwerbslosenfürsorge bohren ein wenig im Unterbunnslein. Doch auch hier scheint alles im besten. Der Mittellandkanal wird gebaut, die Stadtbahn elektrifiziert, Südländ kultiviert, Arbeit also in Hülle und Fülle. Die illustrierten Zeitungen sorgen dafür, dass Überschwemmungskatastrophen mehr von der sportlichen Seite aufgesucht werden. Abschließend darf der gewissenhafte Berichterstatter vermerken, dass mit dem 1. August der Flaggenerlass in Kraft tritt, ohne dass das Deutsche Reich oder die Deutsche Republik in den Grundfesten erbebt.

Der Flaggenerlass! Schreiber dieser Zeilen schrieb seinerzeit nach dem Eingang und der Vereidigung Hindenburgs: Die Bedeutung dieser Tage liegt darin, dass zum erstenmal Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold sich neigten vor demselben Symbol deutscher Einheit. So etwa war der Sinn seiner Ausführungen. Wir glaubten in dem pointelosen Ausgang der Parlamentskampagne eine Bestätigung für die in diesem Sache zum Ausdruck gelangte Grundauflösung zu finden. Als die Erregung um den Flaggenerlass hoch ging, sagte ein kluger Sozialdemokrat: Welche Ungefährlichkeit! Man hatte sich schon völlig daran gewöhnt, beides zu flaggen. Nun, er hat die Bedeutung der Ungefährlichkeit noch überschätzt. Luther ist gefallen; der Flaggenerlass ist geblieben; ein jeder flaggt in den Farben, die seinem Herzen am nächsten stehen. Aber sie flaggen alle zu Ehren des Gleichen, zu Ehren des deutschen Staates, Republik oder Monarchie — das ist beide nichts anderes sind als Erscheinungsformen desselben Dinges an sich, die Einsicht davon beginnt sich langsam durchzusetzen.

Es mag einer einwenden, dass diese Auffassung zu optimistisch ist; und er wird sich unter anderem darauf berufen, dass Joseph Wirth, der jugendfrisch in den Schoß des Zentrums zurückkehrte ehemalige Reichskanzler, in einem Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ einen großen Beitrag bevorstehenden Feldzug der überzeugungstreuen Republikaner angekündigt hat. Die Ruhe in Deutschland ist so vollkommen, dass die „Frankfurter“ Tag für Tag Aussicht zu der gleichen Frage bringen kann. Wie in der „Frankfurter Zeitung“ die Republikaner kommen in der „Kölnerischen“ und anderen Blättern die Männer zu Wort, die eine Bindung auf die Staatsform glauben vermeiden zu müssen. Campe verkündet sein Neutralitätsprogramm. Man soll sich einmal darüber einigen, ob es nicht möglich ist, eine Fülle von Fragen aus der politischen Diskussion auszuschalten. Kurz vorher hatten Dr. Jarres und Freiherr v. Gau ihren Aufruf zur Bildung der großen Rechten ergehen lassen. Warum, so meinen sie, soll nicht das, was im preußischen Staatsrat seit Jahren möglich ist, auch zwischen Deutschnationalen und Volkspartei im Reich und im preußischen Landtag möglich sein?

So wird klar, dass sich hinter der schönen Ferienruhe die politischen Kampftruppen sammeln. Allerdings ist die Sammlung schwer genug. Herr Wirth hat bittere Worte darüber gebracht, dass es die Sozialdemokraten bei den Versuchen um den Kompromiss über den Fürstenausgleich an staatsmännischer Weisheit haben fehlten lassen. Breitscheid wiederum kann nicht übersehen, dass leider nicht das ganze Zentrum aus so gesinnungstüchtigen Republikanern wie Joseph Wirth besteht. Es gibt einen Stegerwald, ach, und es gibt noch andere. Die Sorgen der Rechten sind nicht minder groß und schwer. Stresemann ist nicht der Mann nach ihrem Herzen. Und die freudige Genugtuung darüber, dass das Zentrum konservative Regelungen in sich entdeckt hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wirth sich ansieht, eine führende Rolle erneut zu übernehmen.

Es hat viel Hohn darüber gegeben, dass die Reichsregierung feierlich ankündigte, aus einem Scheiterer der Fürstenausgleichsverein die Konsequenzen ziehen zu wollen. Zumal Herr Kühl, der demokratische Innenminister, dessen Bekennnis zur „derzeitigen“ Staatsform seinerzeit die Begeisterung der Konservativen erregt hatte, hat viel Spott dafür erntet müssen, dass er in letzter Stunde noch einmal gezwungen wurde, die drohenden Konsequenzen für den Fall des Reichsstaatenkommens des Fürstenausgleichs

anzudrohen. Der Spott ist billig; viel innere Wahrheit liegt in ihm nicht. Denn die Konsequenz daraus, dass weder für die entschädigungslose Enteignung noch für die formale Anerkennung bestehender Rechtstitel eine Mehrheit sich finden konnte, wäre eine Reichstagssauflösung nicht gewesen. Die zwingenden Konsequenzen, die festzustellen sind, ergeben sich aus der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands. Zwei Millionen Arbeitslose — es macht wenig aus, dass es heute ein wenig weniger sind — bedeuten eine Gefährdung für den inneren Frieden. Rechts und links weiß man, dass mit gewaltfahrem Mitteln diese Gefährdung nicht überwunden werden kann, und nur im kommunistischen Lager hat man den Wunsch, die Gefahrfrage zu steigern.

Das Gleiche gilt für die Außenpolitik. Das Joch von Versailles lässt sich mit einem Ruck nicht abschütteln. Die Wahrheit ist auf dem Marsch; sehr langsam, wenn man von heute zu morgen rechnet, recht schnell, wenn man zurückdenkt die Lage von heute mit der vor sieben Jahren vergleicht. Dass das Deutsche Reich langsam weiter gekommen ist — wer will es bestreiten? Die Zweckmäßigkeit eines jeden einzelnen Schrittes kann bezweifelt werden, die Zwecklosigkeit jeder Gewalttat kann es nicht. Das sind die Konsequenzen, die heute ein jeder — abgesehen von kleinen Kreisen ganz links und noch kleineren ganz rechts — aus der Lage sieht. Die kommenden innerpolitischen Kämpfe — sie werden vielleicht stark sein, als erwartet — dürfen darüber nicht täuschen. Das Deutsche Reich geht seinen Weg, langsam und voller Mühsal und Dualen; doch der Weg führt vorwärts. Man wird gut daran tun, auch außerhalb Deutschlands die Konsequenzen daraus zu ziehen.

## Die Vollmacht-Gesetz endgültig angenommen!

Warschau, 3. August. (PAT.) Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen die Senatsbeschlüsse zu den Gesetzen über die Verfassungsänderung und über die Ermächtigungen. Das Haus schloss sich dem Beschluss der Verfassungskommission des Sejm an, den arbeitsamen Teil der Änderungsanträge des Senats abzulehnen. Nur bei Artikel 4 des Projekts über die Verfassungsänderung kam es zu einer Einigung dahin, dass sowohl der Sejm, als auch der Senat sich mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten oder der Senatoren auslösen können.

Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz wurde der Abänderungsantrag angenommen, von den Vollmachten Angelegenheiten auszuschließen, die durch die Antialkoholgesetze geregelt sind. Ein weiterer Abänderungsantrag des Senats, aus dem Ermächtigungsgesetz Fragen auf dem Gebiete des Volks- und Mittelschulwesens auszuschließen, wurde abgelehnt.

## Die Auflösung des Sejm mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung referierte der Abg. Trzeci vom Nationalen Volksverband über den Bericht der Verfassungskommission betreffend die Anträge auf Auflösung des Sejm. Die Kommission habe sich dahin geeinigt, diese Anträge erst dann zu erledigen, wenn über die Frage der Änderung der Wahlordnung zum Sejm und zum Senat entschieden worden ist. Der Antrag der Minderheit fordert die sofortige Auflösung des Sejm und des Senats und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 31. Oktober. Das Referat löste eine lebhafte Diskussion aus. Der Berichterstatter der Mehrheit der Kommission setzte sich hauptsächlich für die Änderung der Wahlordnung ein, mit der Begründung, dass nach Auflösung des gegenwärtigen, angeblich untanglichen Sejm keine Aussichten dafür vorhanden wären, dass der zukünftige Sejm besser sein wird. Einen andern Standpunkt nahm der Referent der Kommissionsminderheit, Abg. Czapinski von der Polnischen Sozialistischen Partei ein, der im Namen seiner Partei, der Bauernpartei und der Byzowolente die unverzügliche Auflösung des Sejm forderte. In der Abstimmung wurde der Antrag der Kommissionsmehrheit mit 151 gegen 129 Stimmen angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft; die nächste Sitzung findet Mitte September statt.

## Beseitigung der Passchikanen.

Warschau, 2. August. Ministerpräsident Bartel hat an den Innen- und den Finanzminister ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Minister erfordert, in ihren Ministerien dafür Sorge zu tragen, dass die durch die Passchikanen hervorgerufenen unhaltbaren Zustände im Passwesen so rasch als möglich beseitigt werden. Der Ministerpräsident führt in seinem Schreiben weiter aus, dass solange mit Rücksicht auf die allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage eine endgültige Regelung des polnischen Passwesens noch nicht möglich ist, die betreffenden Minister darauf achten mögen, dass franke Personen und solche Petenten, bei denen eine Aus-

## Der Stand des Zloty am 3. August:

In Danzig: Für 100 Zloty 56,52  
In Berlin: Für 100 Zloty 45,85  
(beide Notierungen vorbörslich)  
Bank Poloni: 1 Dollar = 8,98  
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,07.

Landesreise wirklich begründet erscheint, ohne Schwierigkeiten in den Besitz eines Auslandspasses gelangen. Das Schreiben schliesst mit dem Wunsch einer baldigen Angleichung der polnischen Passverhältnisse an westeuropäische Gevlogenheiten.

## Briand — der Locarnist.

### Für eine deutsch-französische Verständigung.

Wien, 8. August. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ in Paris sagte Briand, dass er nie sein Amt übernommen hätte, wenn er nicht sicher gewesen wäre, seine bisherige Politik fortsetzen zu können. Poincaré habe die Regierung übernommen, um die Finanzfrage zu lösen; eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik bedeutete kein Name nicht. „Meine Politik“, so sagte Briand, ist die Politik von Locarno, und ich habe schon vor Locarno auf die Widerung des Rheinlandesregimes hingearbeitet. Der Rest der Abmachungen wird verwirkt werden; nur die Regierungsbildung hat die Abwicklung einzelner Punkte verzögert. Freilich ist ein guter Wille von beiden Seiten erforderlich.

Die Politik von Locarno bedeutet die Verständigung mit Deutschland. Ohne eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wird das Gleichgewicht Europas nicht wieder hergestellt werden. Ich werde nach Genf gehen, um an Deutschlands Aufnahme in den Böllerbund mitzuwirken. Ich werde die Gelegenheit wahrnehmen, um ausführliche Unterhandlungen mit den deutschen Staatsmännern zu pflegen, und denke dabei an eine weitgehende wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Staaten, an eine wirtschaftliche Durchdringung auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten. Einer Zusammenarbeit in gegenseitigem Interesse steht nichts im Wege.“

Berlin, 8. August. (Eigene Drahtmeldung.) Spätestens am 9. August wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann wieder in Berlin von seinem Erholungsurlaub zurück erwarten. Damit dürfen die schwedenden Verhandlungen über Deutschlands Eintritt in den Böllerbund in das leichte Stadium treten. Nach Klärung der Sachlage wird sich auch das Reichskabinett über die Zusammenstellung der deutschen Delegation klar werden müssen. Es wird als selbstverständlich betrachtet, dass ihr Dr. Stresemann angehören wird.

## Die Passfrage in Genf.

Eine englische Stimme über den polnischen Ratssitz.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, es finde gegenwärtig zwischen verschiedenen Böllerbundstaaten

ein höchst vertraulicher Meinungsaustausch durch die diplomatischen Kanäle über die bevorstehende bedeutende Tagung des Rates und der Böllerbundversammlung in Genf statt.

Der britischen Regierung liege hauptsächlich daran, dass Deutschlands Aufnahme in beide Körperschaften ohne Zwischenfälle, wie sie sich im März ereigneten, vor sich gehe. Aus diesem Grunde werde gefordert, dass Deutschlands Wahl in die Böllerbundversammlung und in den Böllerbund am allerersten Tage erfolgen solle, während die Wahl für die nichtständigen Sitze auf acht bis zehn Tage verschoben werden solle.

Warschau fordert jedoch u. a., dass Polen für einen der neu geschaffenen nichtständigen Sitze mit dreijähriger Dauer am gleichen Tage gewählt werde, wie Deutschland für einen ständigen Ratssitz. Die Forderung Polens gehe jedoch noch weiter. Polen verlangt, dass es durch eine Zweidrittelmehrheit der Versammlung für wiederwahlbar erklärt werde, und zwar nicht, nachdem es drei Jahre im Rat gewesen sei, sondern im voraus, also zur Zeit seiner ersten Wahl. Dadurch hoffe es, gleich von Anfang an ein sechsjähriges Mandat an Stelle eines dreijährigen zu erhalten. Verschiedene Böllerbundmitglieder, einschließlich der tschechoslowakischen Mächte, widerstehen sich dem mit Nachdruck.

Schließlich forderte Polen noch die Streichung der Bestimmung des Lord Cecil-Planes, durch die ungeziemender Widerstand von seiten eines nichtständigen Ratssitzes verhindert werden sollte. Diese polnischen Forderungen hätten Besorgnisse verursacht.

Von seiten Spaniens sei eine Übereinkunft möglich. Es sei keineswegs ganz sicher, dass sich Spanien bereit erklären werde, einen dreijährigen Sitz wie Polen anzunehmen. Es sei jedoch anzunehmen und möglich, dass nach dem Deutschland seinen Sitz im Rat eingenommen habe, der Anspruch Madrids auf einen ständigen Sitz sowohl von Berlin wie auch von Paris unterstützt würde.

## Unter Freunden.

Frankreich kündigt Polen die Kredite?

Paris, 2. August. Der „Herald“ meldet: Das Kabinett hat gestern den überraschenden Beschluss gefasst, zur Sanierung des Franken jährliche Kredite an das Ausland zu den nächsten ausfälligen Terminen zu fündigen. Besonders gilt der Beschluss hinsichtlich der französischen Missionenkredite an Polen und Rumänien.

# Polnische Zwangskultur.

Die Willenserklärungen der Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Eltern werden mit amtlichen Drohungen und Strafen verfolgt.

## Intervallation

des Abgeordneten Graebe und Genossen von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneten an den Herrn Unterrichtsminister wegen Verweigerung deutscher Schulen.

Die deutschen Erziehungsberechtigten der Ortschaften Czeslawice, Strzeg, Garci, Bonkow, Grandorf (Granowice), Kalkowksi, Kach, L. Kocine, Konradow, Marjal, Pawlow, Sosnie, Surmin, Glassdorf (Szklarska prza.), Kreis Adelnau, Makowicz, Kamillental (Myle), Ninksi, St. Ostrzelow, Louisenthal (Szklarska-mysl.), Kreis Schildberg und Pisarowice, Kreis Kempen, haben Gesuche an das Kuratorium Unterrichtssprache bitten, die gegen den Willen der Eltern aus den dortigen Schulen entfernt wurde, weil die betreffenden Eltern angeblich polnischer Nationalität seien. In den Ortschaften sind weit über 40 deutsche, ja doppelt soviel und mehr deutscher Kinder, so dass ihnen nach Artikel 4 der Verordnung des Posener Teilmintisteriums eine deutsche Schule oder Klasse zusteht. Das Gesuch der Eltern hatte etwa folgenden Wortlaut:

"Wir unterzeichnenen Hausväter erklären, dass wir uns zur deutschen Nationalität bekennen. Aus diesem Grunde wiesen wir von vornherein die Behauptung zurück, dass wir, weil wir in gewissem Maße polnisch sprechen, zur polnischen Nationalität gerechnet werden müssten. Weil wir Deutsche sind, fordern wir, dass unsere Kinder in einer deutschen Schule mit deutscher Unterrichtssprache unterrichtet werden. Die einzelnen Familienväter, welche angeblich keine Kinder zur Schule schicken, erklären sich mit den andern solidarisch. — Wir berufen uns bei unserm Verlangen auf Artikel 8 des Minderheitsvertrages wie auf den Absatz 1 des Artikels 109 der polnischen Verfassung vom 17. März 1921."

Die Nationalitätsverklärungen der Eltern nehmen der Argumentation, mit der seinerzeit die deutsche Unterrichtssprache aus den Schulen entfernt wurde, jede Grundlage. Stattdessen dass nun das Kuratorium dieser Tatsache entsprechend den Gesuchen der Eltern stattgibt, lässt es durch die unteren Schulverwaltungs- und Polizeiorgane einen ungesetzlichen und unmoralischen Druck auf die Lehrer ausüben, damit sie ihren Auftrag zurück zu rückschieben sollen. Mit welchen Mitteln das geschieht, sollen nur

## einzelne Beispiele

dartun. So hat der Kreisschulinspektor Cenciala am Sonntag den 18. April im Verbande der Invaliden erklärt, dass allen Invaliden, die ihre Unterschriften unter die Gesuche wegen deutscher Unterrichtssprache gelegt hätten oder noch legen würden, ihre Rente gestrichen werden würde. Ferner hat der Kreisschulinspektor Cenciala dem Lehrer Misia aus Garci, der in Grandorf (Granowice) Vertretungsunterricht erteilt, den Auftrag gegeben, im Dorte Grandorf umherzugehen, um die Eltern zum Zurückziehen der Unterschriften unter dem fraglichen Gesuch zu veranlassen. Als er damit keinen Erfolg erzielte, beauftragte der Kreisschulinspektor den Vorstehenden des Kriegsinvalidenvereins, Herrn Graf, bei den Kriegsinvaliden und Witwen einen Druck auszuüben, dass sie die Unterschrift zurückzogen. Graf hat nun die Kriegsinvaliden und Witwen zusammengetreten und Rückziehung der Unterschriften verlangt mit der Drohung, sie würden im Begegnungsfalle ihre Renten verlieren.

In Konradow hat der polnische Lehrer auf Anordnung des Kreisschulinspektors die Antragsteller in die Schule geladen. Der Lehrer drohte nun den Witwen, die Kriegsrente beziehen, sie würden, falls sie ihren Auftrag nicht sofort zurücknehmen, nichts mehr erhalten. Er sagte ferner, sie würden

von der Polizei auf alle mögliche Weise verfolgt werden, sie würden keine Grenzüberschreitungsscheine bekommen, die sie zur Bewirtschaftung ihrer seitens der Grenze vorhandenen Liegenschaften brauchen. Dem Besitzer August Slaby ist der Wirtschaftsausweis auch tatsächlich vom Gemeindesprecher verweigert worden.

In Ninksi, Kreis Schildberg, schüchterte der Generalrat in die Lente mit der Behauptung ein, dass gemeinsam unterschriebene Petitionen verboten (!!!) seien und sich die Antragsteller strafbar gemacht hätten. Ferner

## Völkerbundsanleihe für Danzig.

Nach Erklärungen des Finanzsenators der Freien Stadt, Dr. Volkmann, nach seiner Rückkehr aus London Vertretern der Presse gegenüber kann die Danziger Anleihe, sofern die Finanzvorstellungen der Londoner Sachverständigen, 10prozentiger Abstrich am Budget und Einigung mit Polen über die Neuregelung der Verteilung der Zolleinnahmen erfüllt seien, als gesichert angesehen werden. Die Anleihe, die diesmal eine Staatsanleihe sein wird, soll in erster Linie zur Ausgestaltung des Defens verwendet werden.

Über die Verhandlungen in London erklärte der Finanzsenator Volkmann, dass das Finanzkomitee des Völkerbundes in seinen Untersuchungen über die Finanz- und Wirtschaftslage Danzigs die Währung der Freien Stadt als einen vollen Erfolg bezeichnet und anerkannt habe. Das Finanzkomitee habe ferner festgestellt, dass die augenblicklichen und vorübergehenden Schwierigkeiten der Danziger Staatsfinanzen das Resultat von Umständen seien, die ihre Ursache in der großen mittel-europäischen Wirtschaftskrise, in der Entwertung des polnischen Zloty und in dem Krieg zwischen Polen und Deutschland hätten, alles Ursachen, die außerhalb des Machtbereichs Danzigs liegen. Das Finanzkomitee ist der Auffassung, dass die mitteleuropäische Krise in 2-3 Jahren überwunden sein wird.

Diese Zeit überwinden zu helfen, soll mit die Aufgabe der aufzunehmenden Danziger Anleihe sein, die Senator Volkmann als goldenen Stroh am wirtschaftlichen Horizont bezeichnete. Das Finanzproblem der Freien Stadt hält der Finanzsenator für durchaus einfach. Die wunden Stellen im Staat, die durch äußere Einfüsse entstanden seien, würden sich heilen lassen. Es müsse allerdings Polen dem Freistaat eine gejunge Regelung des Zollverteilungsschlüssels zugestehen.

Wie sonst der Freistaat seinen Staat ausgleiche, sei ihm völlig überlassen. Das Finanzkomitee habe ausdrücklich nicht durch Vorschriften in die Selbstständigkeit Danzigs eingegriffen und habe lediglich Ratshilfe erzeigt. Diejenigen, die gefürchtet hätten, dass eine Finanzkontrolle über Danzig kommen würde, seien somit angenehm enttäuscht worden. Der Senat wird, wie Senator Volkmann mitteilte, dem Volksstag noch in der zweiten Hälfte August ein Sanierungsprogramm vorlegen. Dieses Programm wird noch vor Ende August verabschiedet werden, weil am 3. September das Finanzkomitee des Völkerbundes zusammenentreten wird.

hat der Kreisschulinspektor aus Schildberg den Eltern aus Niwki die Entlassung ihrer Kinder nach achtjähriger Schulzeit zu Österreich verweigert mit der Bemerkung, dass dies die Strafe dafür sei, dass sie Unterricht in deutscher Sprache beantragt hätten. Einem Antragsteller aus Niwki hielt der Kreisschulinspektor vor:

"Wenn Sie den deutschen Unterricht haben wollen, dann machen Sie, dass Sie nach Brandenburg kommen!"

In Glassdorf (Szklarska prza.) hat der polnische Lehrer den Antragstellern gedroht, sie kämen alle auf die "Schwarze Liste", sie würden keine Entlassung für ihre Grundstücke bekommen, soweit sie noch keine hätten, die Rentenfänger würden ihre Rente verlieren müssen. Als seine Drohung nicht fruchtete, übergab der Lehrer die Liste der Antragsteller der Polizei. Nun ging ein Polizist von Haus zu Haus, schlug Krach und drohte mit Arrestierung; einige wurden auch zu einer Vernehmung auf die Polizeistation geladen, wo sie aber mals bedroht wurden. Der deutsche Schuldirektor hatte seinerzeit einen Mann beauftragt, die Unterschriften der Erziehungsberechtigten für das erwähnte Gesuch zu sammeln. Als dieser Mann polizeilich vernommen wurde, erklärte er: "Wir sind polnische Staatsbürger, aber deutscher Nationalität." Darauf erwiderte die Polizei: "Ihr seid keine polnischen Bürger! Weil Ihr Deutsche seid, werdet Ihr auch als Deutsche behandelt werden!"

Die beiden Lehrer Misia und Sadowksi haben bei der Witwe Anna Jaglo folgendes gesagt: "In dem Schreiben war etwas gegen die Regierung geschrieben."

Der Lehrer Jan Balach aus Kalkowksi, Kreis Adelnau, versuchte die Hausväter mit verschieden Drohungen zu bewegen, eine Gegenliste zu unterschreiben, den Kriegsermittlungen redete er vor, dass diese ihre Rente verlieren, anderen sagte er, dass sie es mit der Polizei zu tun bekommen würden, weil sie sich zum Deutschen bekannt hätten.

Der Lehrer Nowak, der vertretungsweise aus Bojnic nach Kalkowksi herüber kommt, ließ die Väter bzw. Mütter in die Schule kommen, um sie einzeln vorzunehmen, da es eine gehirne Sache sei. Wer die ihm vorgelegte Erklärung, wegen Zurücknahme der Unterschriften, nicht unterschreiben wollte, dem sagte er auch nicht, was darin stande.

In Pawlow, Kreis Adelnau, hat die Lehrerin Kotowska sich an mehrere Frauen, an die Häuslerin Marie Mosch, an die Gutsbesitzerin Marie Bunk, an die Häuslerin Susanna Wundru und noch eine andere Frau Mundry gewandt mit dem Verlangen, die Eingänge wegen Erteilung deutschen Unterrichts zu wieder zu rückschließen und zu unterschreiben, das sie für ihre Kinder die polnische Unterrichtssprache verlangten. Im Begegnungsfalle drohte sie, ihre Kinder, die jetzt konfirmiert werden, nicht aus der Schule zu entlassen. Ferner sagte die Lehrerin zur Frau Mosch, dass ihr Kriegsrente entzogen würde, falls sie nicht unterschriebe.

Ahnlichen Schikanen sind auch die Antragsteller der anderen Gemeinden ausgesetzt, und es liegt klar auf der Hand, dass das Posener Kuratorium die Absicht hat, die Nationalitätsverklärungen der deutschen Eltern nicht gelten zu lassen, vielmehr

mit Hilfe der Polizei und mit ganz niedrigen Mitteln in das Erziehungsrecht der Eltern und in das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten einzutreten. Einige Antragsteller haben unter diesen Drohungen und aus Furcht ihrer Unterschriften vor dem Kreisschulinspektor bzw. der Polizei zurückgezogen. Sie erklärten uns aber, dass sie nach wie vor auf ihrem Antrag stehen bleiben. Wir fragten deshalb den Herrn Minister an:

1. Sind ihm diese Vorgänge bekannt?
2. Gedacht er, das Kuratorium, die Kreisschulbehörde und der polnischen Lehrer zur Verantwortung zu ziehen?
3. Ist er gewillt, die einzelnen Unterschriften, die unter dem geschilderten Manöver zurückgenommen werden, als weiter zu Recht bestehend zu betrachten?
4. Ist er gewillt, dem Antrag der erwähnten Eltern um deutsche Schulen auf Grund ihrer Nationalitätsverklärungen stattzugeben?

Warschau, den 30. Juli 1926.

## Die Intervallanten.

## Die Diskussion über Jalekis Exposé.

Warschau, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten begann am Sonnabend die Diskussion über das Exposé des Außenministers Jalekis. Es sprachen verschiedene Abgeordnete.

Der Abgeordnete Stronki von der Christlichnationalen Partei führte u. a. aus, dass die Friedensbemühungen des Außenministers besonders wichtig seien. Von einem Krieg gegen Sowjetrussland oder Litauen könne gar keine Rede sein. In Polen sei man fest davon überzeugt, dass mit demselben Augenblick, da Polen die Grenzen Litauens antrat und von Europa den Aufschluss Kownos an Wilna und Warschau fordern würde, Europa dann in noch kürzerer Zeit die Notwendigkeit der Verbündung Königsbergs mit Berlin, also

die Aufhebung des sogenannten Korridors, anerkennen würde. Alle kriegerischen Maßnahmen wären also Wahnsinn und Selbstmordversuche. Er hob auch hervor, dass besonders wichtig die Ausführungen des Außenministers seien, denen aufgrund Polens auf ausländische Kredite, die mit irgendeiner Erschütterung der selbständigen Politik Polens verbunden sein würden, nicht rechte. In den letzten Monaten hätte man hierüber sehr viel gesprochen und wollte bereits auf die Völkerbundskontrolle eingehen. Das sei völlig überflüssig, da Amerika, das die Quelle der Unruhen ist, um die Kontrolle des Völkerbundes sich nicht kümmert. Die Gerüchte von irgendeinem gemeinsamen Feldzug der Westmächte sowie Deutschlands und Polens gegen Sowjetrussland übergehe er vollkommen, da diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren.

Hierauf sprach der Nationaldemokratische Abgeordnete Bator, der mit Befriedigung feststellte, dass der Außenminister Jalekis den Schutz der ökonomischen Interessen Polens für eine seiner wichtigsten Aufgaben erachtete. Ihm der Minister diese Lebensinteressen des Staates verteidigen wird, wird er sich auf keinerlei risikante Kombinationen einlassen. Zum Schluss forderte er, dass der Sejm über alle wichtige Schritte der Regierung in der Außenpolitik unterrichtet werde, u. a. auch über den Gang der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Niedzialkowski gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Außenminister Jalekis eine Politik betreiben werde, die sich auf der von seinem Vorgänger eingeschlagenen Linie fortbewegt.

Abg. Dombski von der Bauernpartei erklärte sich mit der Außenpolitik Jalekis solidarisch, unterstrich aber die

Notwendigkeit der Sicherung eines ständigen Völkerbundsratsrates für Polen.

Der ukrainische Abg. Wasyniak sagte, dass die Regierung und auch der Außenminister

## die Bedeutung der ukrainischen Bewegung

zu unterschätzen scheinen. Solange die Ukrainer nicht befriedigt werden, kann von einer Pazifizierung dieses Teiles Europas nicht die Rede sein. In Sowjetrussland wählt der Ukrainismus. Er forderte, dass den ukrainischen Emigranten, die aus politischen oder militärischen Gründen nach Österreich und der Tschechoslowakei ausgewandert sind, die Rückkehr ins Land gestattet werde.

Am Montag wurde die Diskussion fortgesetzt. Zunächst sprach der Nationaldemokratische Abgeordnete Marian Senda. Er erklärte: Es ist gut, dass eine deutsche Regierungserklärung erfolgt ist, aber es wäre noch besser gewesen, wenn diese Erklärung der Kriegsminister abgegeben hätte, der der wirkliche Gebieter innerhalb des Kabinetts sei. Der Abg. Senda forderte, dass der Außenminister Jalekis auf denständigen Ratssitz für Polen im Völkerbund nicht verzicht leiste. Er solle

rücksichtlose Opposition gegen einen Handelsvertrag mit Deutschland

ansagen, wenn dieser Vertrag mit irgendwelchen politischen Zugeständnissen gegenüber den Deutschen verbunden sein sollte. Er forderte alsdann, dass die Regierung in der Ostpolitik Initiative zeige. Sie solle sich allen deutsch-russischen Überflügelungsversuchen widersetzen.

Hierauf sprachen noch die Abgeordneten Chonawski (Mat. Arbeiterpartei), Kaczynski (Christlichdemokratische Partei) und Dembski (Piastpartei), worauf eine Resolution folgenden Inhalts angenommen wurde. Die Kommission erachtet es für durchaus notwendig, dass das Außenministerium noch vor der Septemberession des Völkerbundes ein diplomatisches Buch herausgabe, welches wichtige Dokumente über einenständigen Ratssitz für Polen enthalten müsse.

Der Außenminister erteilte auf eine Anfrage bezüglich des russisch-deutschen Vertrages folgende Antwort:

## Der deutsch-russische Vertrag

war und ist ein Gegenstand, dem die polnische Regierung die größte Aufmerksamkeit widmet. Es wurden von verschiedenen Seiten Zweifel laut, ob der Vertrag den Verpflichtungen entspricht, die sich für die Völkerbundsmitglieder aus dem Artikel 16 des Völkerbundspaktes ergeben. Die polnische Regierung habe gleichfalls diese Zweifel gehegt. Sie erhofft jedoch von den interessierten Staaten in dieser Angelegenheit beruhigende Versicherungen. Die ganze Angelegenheit erfordert die weitgehendste Unterforschung, und ich bin der Ansicht, dass der Völkerbund hier die kompetente Meinung aussprechen könnte. Soweit mir bekannt, soll die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Völkerbundes berührt werden. Die polnische Regierung wird freudig eine Präzisierung der Versammlung in dieser Angelegenheit entgegennehmen. Denn dies kann zur Klärung der allgemeinen europäischen Atmosphäre führen.

## Das Streichholzmonopol.

Warschau, 2. August. Während des gestrigen Tages hielt die außerordentliche Sejmkommission zur Prüfung des Streichholzmonopolvertrages zwei Sitzungen ab. Die Kommission nahm die Berichte der Vertreter der Regierung und der Generalstaatsanwaltschaft entgegen. Daraufhin wurde ein Schema entworfen, wonach Abg. Wazylowski sein Referat für den Sejm ausarbeiten soll. Das Referat soll jedoch erst in der Septemberession des Sejm gehalten werden. Die Versöhnung ist notwendig geworden, weil nach verschiedenes Material überprüft werden muss.

Bei der Kontrolle in einer Fabrik hat es sich herausgestellt, dass von den 18 Beamten 11 Direktoren gehälter in Höhe von 300 Döll. monatlich bezogen

## Republik Polen.

Abg. Wasylkiewicz aus der NPPA ausgetreten.

Der Führer des Verbandes "Praca" und Vodzer Abgeordnete Ludwig Wasylkiewicz hat den Sejm an seine Austritt aus dem Club der NPPA angemeldet. In dem Schreiben an den Clubvorstand legt er dar, dass es ihm unmöglich sei, in einem Club zu verbleiben, der Hand in Hand mit der Reaktion geht. Bisher hat der Abg. Wasylkiewicz noch keinem Club angegeschlossen. Er gedenkt es auch in diesem Sejm nicht zu tun.

## Neue Maßnahmen gegen die "Rzecznopolita".

Warschau, 30. Juli. Die gestrige Nachtausgabe der "Rzecznopolita" wurde abermals konfisziert. Um 6½ Uhr abends wurde das Gebäude der "Rzecznopolita" von einem Polizeikordon umstellt, und dem Leiter des Verlags ein Telephonogramm des Regierungskommissärs übermittelt, welches das Erscheinen des sogenannten "Doktora Nočen" der "Rzecznopolita" verbietet.

## Bewaffnung der "Strzelce".

Warschau, 2. August. (Eigener Drahtbericht.) Bekanntlich werden die Mitglieder des "Strzelce"-Verbandes bewaffnet. Aus diesem Grunde hat der Nationaldemokratische Sejmklub an den Ministerpräsidenten eine Interpellation gerichtet, in der er feststellt, dass das Kriegsministerium den Mitgliedern des "Strzelce"-Verbandes Waffen und Uniformen liefern. Die Interpellanten fragen, woher die Militärbehörden die Gelder für diese Ausrüstungsgegenstände hernehmen. Zum Schluss verlangt die Interpellation, dass man dieser ausgedehnten parteipolitischen Organisation keine Staatsfonds zugänglich machen solle.

## Aus anderen Ländern.

### Der neue Gouverneur von Memel.

OE Kowno, 31. Juli. Der zum Gouverneur des Memelgebietes ernannte Schalkauskas ist früher litauischer Minister des Innern gewesen. Gegenwärtig bekleidet er das Amt des zweiten Staatsanwalts beim Obersten Landesgericht von Litauen. Schalkauskas hat sich bereit erklärt, den Memeliten Potem als Nachfolger des bisherigen Gouverneurs Zilius zu übernehmen. Er wird sich Anfang August nach Memel begeben, um sein neues Amt anzutreten.

## Die deutschen Bauern in der Krim.

OE Moskau, 31. Juli. Die "Dniestra" spenden den deutschen Kolonialbauern der Krim großes Lob. Ihr Fleiß, ihre Kenntnis der Landwirtschaft und ihre Intelligenz seien schon früher bekannt gewesen. Jetzt hätten sie sich auch unter den neuen Verhältnissen als die gleichen tüchtigen Akterbauer bewährt, die sie immer waren. Das Sonnenblatt schreibt ferner, die deutschen Bauern hätten sich auch mit großer Energie die Ihnen nach Zahl und Bedeutung kommende Stellung in den Dorf- und Kreisomwelts erobert.

## Ein Prozeß wegen Landesverrats.

Bromberg, 3. August.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung der verstärkten ersten Strafkammer des Bezirksgerichts hatten sich die Studenten der technischen Hochschule zu Danzig-Langfuhr Andreas Borysiemica und Boleslaw Gruski, beides Ukrainer, wegen Landesverrats und Vergehens gegen § 5 des Gesetzes über Explosivmaterial zu verantworten. Die Angelegenheit beschäftigte bereits einmal das Gericht und endete mit der Verurteilung beider Angeklagten zu zwölf Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. Auf die eingelagerte Revision hin verfügte das höhere Gericht, daß die Sache zur nochmaligen Verhandlung der ersten Instanz zurückverwiesen wird, da nicht genügend Beweise vorhanden waren, daß es sich um Explosivmaterial handelt, und auch nicht erwiesen war, daß die beiden Angeklagten die Absicht hatten, Attentate auszuführen, bzw. Staatsgebäude zu beschädigen. Die Anklagechrift beschuldigt die Angeklagten, daß sie beide im März 1924 auf der Eisenbahn nach Bromberg Explosivmaterial herbrachten und sich verabredeten, Attentate auf Staatsgebäude zu verüben. Der Angeklagte B. macht unter anderem folgende Angaben: Nachdem er zunächst eine Volksschule besucht, absolvierte er die Gymnasien in Wien und Prag. Dann begab er sich zur technischen Hochschule nach Danzig. Er fuhr mit dem Mitangeklagten G. am 3. März 1924 nach Hause. Ein anderer Kollege brachte ihm zwei Koffer und einen Reisekoffer; dieses Gepäck sollte er nach Warschau befördern. Den Überbringer kannte er nur vom Schenken, so daß er nicht in der Lage sei, den Namen des Auftraggebers anzugeben. Das Gepäck gab er dann auf dem hiesigen Bahnhof am Schalter auf, und dort fragte ein Beamter nach dem Inhalt der Gepäckstücke; diese Frage konnte er aber nicht beantworten; er nahm lediglich an, daß Wäsche und Kleidungsstücke der Inhalt sei. Als er dann mit G. nach dem Bahnhofskommissariat beordert wurde, wurden die Gepäckstücke geöffnet, wobei es sich herausstellte, daß der Inhalt aus Patronen, Pulver und ukrainischen Zeitungen bestand. Weiter erklärt der Angeklagte B., daß er zur Studentenverbindung "Osnowa" gehörte, die nicht politisch sei. Er habe nie etwas mit Explosivmaterial zu tun gehabt, sondern sei ein unglückliches Opfer einer Gefälligkeit geworden, die er einem Unbekannten erwiesen habe. — Der Angeklagte G. erklärte u. a., daß es nicht wahr sei, daß er jemals Geld aus Berlin erhalten habe. Er bekam stets seine Geldmittel aus Prag. Im technischen Laboratorium arbeitete er auch nicht. Im übrigen decken sich seine Aussagen mit denen des ersten Angeklagten.

Die vernommenen Zeugen, meistens Polizei- und Eisenbahnbeamte, die bei der Öffnung der Gepäckstücke dagegen waren, bestätigten den Inhaltsbefund, wie bereits angegeben. Eine Zeugin gibt an, daß der Angeklagte G. des öfteren Briefe an seinen Bruder richtete, in denen er sich ausschließlich der russischen Sprache bediente. Ein Kriminalbeamter gibt an, daß die Gepäckstücke der Koffer bis Bromberg laufen. Ein Polizeikommissar macht folgende Angaben: Er hörte genau, wie sich der Angeklagte G. nach der Lage der Straße "Zygmunta Augusta" und nach dem Vorort Jachdów erkundigte, da er die Absicht habe, auf militärische Gebäude Attentate zu verüben; auch hörte der Zeuge unmittelbar nach der Urteilsverkündung, wie B. sagte, er werde die Strafe verbüßen, aber nachdem doch die Attentate verüben. Beides wird von B. bestritten. Ein Polizeikommissar aus Wilna, der sich öfter in Danzig befand, hörte, daß in der Wohnung des Angeklagten B. des öfteren ukrainische Studenten zusammenfanden, die dort geheime Beratungen abhielten. Ein Strafgefangener, der mit den beiden Angeklagten zusammen in Untersuchungshaft saß, befandet, daß die beiden viele Geheimnisse hatten, und auch die Erklärung abgaben, daß sie zur kommunistischen Partei gehören. Außerdem schworsten sie oft auf Polen, und hatten die Absicht, aus dem Gefängnis auszubrechen. Die Richtigkeit dieser Aussage wird von beiden Angeklagten bestritten. Ein anderer Untersuchungsgefänger erklärt, daß der Angeklagte B. ihm ausdrücklich sagte, daß er einen Koffer mit Explosivmaterial mitbrachte, und daß das Material aus Berlin stammte. Er sei nach Bromberg gekommen, um das Terrain zu untersuchen. — Der Staatsanwalt beantragte die Verleseung der Statuten der "Osnowa", aus denen hervorgeht, daß der Organisation nur Ukrainer angehören, und die Beschlüsse in familiären Sitzungen geheim sind. Darauf folgte die Vernehmung der Sachverständigen. Ingenieur Stefan untersuchte den Inhalt des Gepäcks, insoweit es sich um die Flüssigkeiten handelte. Diese hatten einen scharfen Geruch und verursachten sofort Kopfschmerzen; außerdem fand sich tödlich wirkender Alkohol vor. Der zweite Sachverständige, Ingenieur Kalinowski, untersuchte den anderen Teil der Gepäckstücke. Im Koffer fand sich Material vor, nach dessen Angaben sofort heftige Explosionen entstanden, die nicht mehr zu löschen waren. Das Explosivmaterial ist deutsches Fabrikat.

Über die ukrainische Bewegung sagte der dritte Sachverständige Rosinski aus: Das Verbrechen der Angeklagten ist eine Aktion einer feindlichen Handlung; sie kennzeichnet zur Genüge die Handlungsweise der ukrainischen Minderheit. Die akademische Jugend tat sich zusammen zum Kampf gegen Polen. Es entstand die Vereinigung "Kum", die an dem Attentat auf Piłsudski beteiligt gewesen sei. Es ist eine feindliche Kampforganisation, die gegen die Wahlen zum Sejm manifestierte, und zwar als Protest der Vereinigung der Ukraine mit Polen. So fing die Sabotage an. Nach dem Attentat auf Piłsudski wurde die Organisation aufgelöst; mehrere Mitglieder, darunter Rosinski, fanden sich im Gefängnis wieder. Sie wollten nichts weniger, als die Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol von Polen losreißen. Dagegen sei die Organisation "Osnowa" ausschließlich eine Spionageorganisation, deren Zentrale eine Zeitlang in Lódź lag. Die Beauftragten der "Osnowa" kamen teils aus Deutschland (?), teils aus Russland. In Berlin hielten sich ein gewisser Skowronski auf, der für die Versendung aller Materials sorgte. Zusammengefaßt hatten also die Angeklagten die Schädigung des polnischen Staates zum Ziele. Diese Aktion sollte zum Aufstand führen, deren Endziel die Loslösung Ostgaliziens von Polen war. Die feindlichen Organisationen bestehen heute nur noch in der Tschechoslowakei.

Die Beweisaufnahme wurde um 8 Uhr abends geschlossen. Der Bericht über die Schlussverhandlung folgt.

## Aus Stadt und Land.

Bromberg, 3. August.

### Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa besseres Wetter an. Am Tage ziemlich kühl.

### Eine Verfügung.

Noch in aller Erinnerung dürfte sein, wie heftig Polen um die Errichtung eigener Postämter und eigener Briefkästen in Danzig kämpfte. Nachdem man mit Hilfe einer grünen Linie das Häfengebiet bis in das Stadtinnere geärrt hatte (Wunder des 20. Jahrhunderts!), war auch von Haager höchster Stelle der Verbleib von Ämtern und Briefkästen ge-

nehmigt worden. Aber groß soll der Betrieb immerhin nicht sein, da durch die polnischen Ämter nur Briefe mit der Aufschrift "Gdańsk" befördert werden. Anders ist es mit Telegrammen. Kommen solche aus Polen und mögen sie als Bestimmungsort "Danzig" oder "Gdańsk" haben, sie werden vom polnischen Telegraphenamt empfangen und wenn es sich um die Stadt Danzig handelt, durch eigene polnische Träger bestellt. Sind die Telegramme jedoch für andere Ortschaften der Freien Stadt bestimmt, so werden sie dem Danziger Telegraphenamt übermittelt.

Um so seltamer muß eine Verfügung der polnischen Post- und Telegraphenverwaltung berühren, wonach Telegramme, die Danzig als Bestimmungsort haben, nach dem ausländischen Tarif, der auf dem Goldfranken basiert und deshalb teurer ist, zu berechnen sind. Telegramme nach "Gdańsk" aber gelten als Inlandstelegramme!

Politik? — Gewiß, sonst nichts. Aber eine kindliche Zweifelsucht werden sich Deutsche ihre Telegramme jetzt mit "Gdańsk" adressieren, um in dieser schweren Zeit wenigstens an einer Stelle etwas Geld zu sparen. Aber hat die Regierung der moralischen Wiedergeburt damit irgend etwas erreicht? Ist das Verhältnis Danzigs zu Polen dadurch etwa ein anderes geworden?

Erreicht hat man doch etwas, natürlich Ungewolltes. Nämlich ein verstecktes, aber etwas spöttisches Lächeln der Welt.

Der Wasserstand der Weichsel beträgt heute bei Brzegünde + 3,18, bei Thorn + 0,98 Meter.

**Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brzegünde gingen fünf beladene Oberfähne nach der Weichsel; nach Bromberg kamen sechs unbefahrene und ein Dampfer.

**Achtet auf Tieraudiere!** In erfreulicher Weise hat sich das Gewissen der Öffentlichkeit in Sachen des Tierabschusses wieder geäfft. Es gab einmal eine Zeit für uns, wo jeder mit sich soviel zu tun hatte, daß er meinte, nicht auch noch auf Schutz und Fürsorge für Tiere achten zu können. Heute leben wir, trotz Arbeitslosigkeit, deren Gespenst durch Dörfer und Städte geht, doch wieder menschenwürdig, und kein Mensch darf sich seiner Pflicht gegen die hilflose Kreatur entziehen. Rote Geschirrführer lassen es sich gern zur Lehre dienen, wenn sie bei Misshandlungen von Pferden energisch angefaßt werden. Ich hörte dieser Tage, daß ein Kind zu solchem Rohling hingehuft und ihm sagte, er dürfe die Tiere nicht schlagen, erst solle er nachsehen, ob kein Stein vor den Rädern läge. Das Kind hatte in der Schule eine Schrift vom Tierschutzverein bekommen und darin eine ähnliche Geschichte gelesen, es besaß Mut genug, nun selber einzutreten. Der Schutz unserer Tiere sollte unserer Jugend besonders aus Herz gelegt werden, und der achtsame Tiersfreund wird von sich aus hundert Gelegenheiten finden, unnütze Quälerei der Tiere zu verhindern.

**Der Männerturnverein Bydgoszcz-West e. V.** veranstaltete letzten Sonntag in Kleinerts Garten und Saal ein Sommer- und Kinderfest. Trotz des launigen Wetters hatten sich die Angehörigen der Turner sowie Gäste sehr zahlreich eingefunden. Es entwickelte sich bald ein buntbewegtes Treiben; neben allgemeinen Freilübungen, Schul- und Kunstufern wurde sehr heftig Flaggenwettbewerb der Turnerinnen aufgenommen. Für Unterhaltung sorgten allerlei Spiele, Preisschießen, Verlosung, Glücksrad usw. Der übliche Tanz beschloß das gut verlaufene Fest.

**Lebensmüde.** Die 27 Jahre alte Bronislawa Jakubowska, ein Dienstmädchen, das schon längere Zeit arbeitslos war und zuletzt im Hotel Warsawski wohnte, versuchte gestern, sich durch eine große Dosis Morphin ums Leben zu bringen. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft, wo man sie am Leben zu erhalten hofft.

**Gefunden** wurde in der Bahnhofsvorhalle eine Geldtasche mit Bargeld; der Besitzer kann dieselbe vom Bahnhofskommissariat abholen.

**Auf früher Tat** konnte die 19jährige Jadwiga Beyer verhaftet werden, die einer Frau auf dem Wochenmarkt eine Geldtasche stahl und damit flüchtete. Sie konnte aber bald angehalten und der Polizei übergeben werden.

**Verhaftet** wurden am gestrigen Tage drei Diebe, zwei Personen wegen unerlaubter Grenzüberschreitung und eine Person wegen Trunkenheit.

### Bvereine, Veranstaltungen ic.

Einen Koch- und Backkurs veranstaltet vom 15. August ab in Bydgoszcz, Hermanna Frankego 2, 2 Dr. Herr Greizer, langjähriger Küchenchef bei Herrn v. Beihmann-Holweg in Rumow. Es wird den Interessenten hier Gelegenheit gegeben, die Herstellung der feinsten Produkte in der Bad- und Kochkunst kennenzulernen. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Nummer. (5488)

\* \* \*

**Polen (Poznań).** 1. August. 350 deutsche Ferienkinder sind aus Berlin auf dem Posener Hauptbahnhof eingetroffen, dort von den verschiedenen Frauenorganisationen der drei Konfessionen empfangen und verpflegt und den Orten, in denen sie meist bei Großgrundbesitzern untergebracht werden, zugewiesen worden. Da die großen Ferien in Deutschland bereits ihrem Ende nahe sind, sind ihnen diese nicht unbeträchtlich verlängert worden.

### Aus Kongresspolen und Galizien.

**Krakau (Kraków), 2. August.** (Eigener Drahtbericht) In den letzten Tagen sind in Westgalizien sehr starke Regen niedergegangen. Zahlreiche Nebenflüsse der Weichsel und auch die Weichsel selbst führen Hochwasser oder sind gar aus ihren Ufern getreten. Besonders großen Schaden hat der Nebenfluss Skawa angerichtet. Er hat die Getreidefelder weit überwölft und das abgemähte Getreide mitgerissen. Der Bevölkerung soll sich teilweise eine verworfene Stimmung bemächtigt haben.

### Kleine Rundschau.

**Evangelische Kirchenfahnen.** Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss hat sich auf seiner letzten Sitzung auch mit der Frage einer evangelischen Kirchenfahne beschäftigt. Die Bedeutung der Angelegenheit wurde anerkannt. Man stellt sich auf den Standpunkt, daß sie nicht nur die Oberfläche kirchlichen Lebens streife, sondern eine eingehende Behandlung nötig mache. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird die Frage der Kirchenfahne erneut behandelt werden. Eine einheitliche Kirchenfahne wäre schon deshalb erwünscht, weil es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, eine einheitliche deutsche Reichsfahne zu finden. Bei internationalen Tagungen wäre es ebenfalls von Wert, wenn alle evangelischen Völker und Kirchen sich im Zeichen derselben evangelischen Fahne sammeln würden.

**Die Durchschwimmung des Armeekanals wieder aufgegeben.** London, 3. August. (Eigener Drahtbericht) Die Amerikanerin Barrett hat ihren Bericht, den Armeekanal zu durchschwimmen, nach  $\frac{1}{2}$  Stunden aufgegeben. 400 Menschen extrahierten. Wie die Londoner "Daily Mail" aus Peking meldet, steht ein bedeutender Teil des Kreises "Houpe" unter Wasser. Nach den bisherigen Feststellungen haben etwa 400 Personen hierbei den Tod gefunden.

\* Durchbares Autowrack in Italien. Rom, 3. August. (Eig. Drahtmeldung.) Bei Alessandria in Piemont wurde ein Auto an einem Bahnübergang von der Lokomotive eines Zuges erfaßt, wobei der Benzinhälfte des Kraftwagens explodierte. Sämtliche Insassen, fünf an der Zahl, darunter ein Kind, verbrannten am lebendigen Leibe.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Neue amerikanische Anleihen für Polen.** Die Verhandlungen zwischen der polnischen Landeswirtschaftsbank und der amerikanischen Firma Ulen u. Co. haben nun mehr, wie der offizielle "Rund-Kurier Polen" meldet, zum Abschluß eines Anleihevertrages über etwa 8 Millionen Dollar geführt. Die Anleihe wird zur Finanzierung von städtischen Bauarbeiten dienen, deren Ausführung gleichfalls von Ulen u. Co. übernommen wird. Die von den betreffenden polnischen Städten zu emittierenden Obligationen werden von der amerikanischen Gesellschaft bei der Landeswirtschaftsbank zum Kurs von 86 Prozent erworben. Von dem gesamten Anleihebetrag entfallen auf Sosnowiec 1,5 Mill. Dollar (geplant ist der Bau einer Wasserleitungsanlage und eines Schlachthaus), auf Gleic 500 000 Dollar (Wasserleitung, Kanalisation und Schlachthaus), auf Dombrowa Gorzow 250 000 (Wasserleitung, Kanalisation), Bielsko 280 000 (Wasserleitung, Kanalisation und Markthallen), Ostrów in Polen 200 000 (Kraftwerk), Otwock 150 000 Dollar (Wasserleitung, Schlachthaus und Markthallen). Nach Beendigung der gegenwärtig vorgenommenen Untersuchungen werden die Bauarbeiten voraussichtlich im Spätherbst beginnen und zwei bis drei Jahre dauern. Gegenwärtig werden von Ulen u. Co. in den Städten Lublin, Radom, Czestochowa und Pirotow, denen die Gesellschaft Ende 1924 eine 10-Millionen-Dollar-Anleihe gewährt hat, Bauarbeiten ausgeführt, bei denen etwa 4000 Arbeiter verwendet werden. Neben den drei Millionen, die nun noch für weitere städtische Arbeiten verwendet werden, wird Ulen u. Co., wie es heißt, einen annähernd gleichen Anleihebetrag dem polnischen Staat für den Bau von Elevatoren zur Verfügung stellen. Der Vorschlag dieser Firma hinsichtlich einer langfristigen Anleihe in einer Höhe von annähernd 3 000 000 Dollar zum Bau der Elevatoren ist bisher von dem Ministerrat noch nicht durchgebrochen. Auf jeden Fall ist aber, wie die "A. W." berichtet, bekannt, daß möggebende Stellen die Bedingungen der Firma Ulen (8 Prozent jährlich, Emissionsfurs 8%, außerdem 15 Prozent für verschiedene Unkosten) für viel zu schwer halten und ihre Annahme ist unter normalen Wirtschaftsverhältnissen des Landes sehr ungünstig. Es soll Vergleich der 15-prozentigen Unkosten, sowie eine Erhöhung des Emissionskurses gefordert werden. Mit der Frage werden sich die maßgebenden Stellen eingehend Mitte August beschäftigen.

**Die Zustände in der Tabakbelieferung.** Warschau, 2. August. (Eig. Draht) Bekanntlich liefert die italienische Tabakfirma "Società Comerciale di Tabacchi - Lugano" seit zwei Jahren schon der polnischen Regierung einen sehr schlechten Tabak. Bisher hat Polen den Tabak auch angenommen. Die neue Regierung ist aber entschlossen, auch im Tabakmonopol Ordnung zu schaffen. Vor einigen Tagen wurde der genannten italienischen Tabakfirma vom polnischen Tabakmonopol auf Anordnung der Regierung empfohlen, bis zum 15. März aus Polen zwei große Partien Rohtabak in einem Gewicht von 78 797 kg. nach Italien zurückzuführen, weil der Tabak unbrauchbar ist. Außerdem sollen noch andere Partien des italienischen Rohtabaks als schlecht befunden werden sein und werden den Italienern gleichfalls zurückgeschickt.

**Auf den Mäzenmärkten herrscht eine unheimliche Tendenz.** Der Handel mit Sommersachen hat fast vollkommen aufgehört. Infolge der Krise verlaufen die englischen Fabrikanten in Polen ihre Erzeugnisse fast zu jedem Preise. Verschiedene Preise für Sommersachen sind bis 50 Prozent heruntergegangen. Die Großkaufleute, die mit Seidenwaren handeln, machen infolge des Frankfurteres gute Geschäfte. In der Papierbranche herrscht keine Tendenz. Auf dem Zuckermarkt klärt sich die Situation allmählich auf. Für Kristallzucker forderte man 180 Zl. Colonialwaren werden nach einem Dollarfurs von 8,75 berechnet. Auf dem Zedern- und Häutemarkt ist ziemlich lebhafter Verkehr zu beobachten. Geschäfte werden gern gegen einen einzigtägigen Kredit abgeschlossen.

**Die Großhandelspreise,** die im Mai den Höhepunkt erreicht haben, gehen langsam, aber dauernd zurück. Wenn man die Großhandelspreise von dem Kriege mit 100 ansieht, so stellten sie sich in der Woche vom 28. 6. bis zum 4. 7. bei Getreide und Mehl auf 219,1, in der Woche vom 12.-16. 7. auf 182,6 Prozent, und in der Zeit vom 19.-25. 7. auf 177,1 Prozent; Baumaterialien, Eisen und Kohle zeigten in den selben Zeitabschnitten folgende Entwicklung: 190,6, 180,6, 129,6 Prozent, Häute 151,6, 144,5, 143,9 Prozent, Fleisch und Butter 187,0, 187,4, 186,5 Prozent, amerikanische Baumwolle 199,8, 188,2, 188,6 Prozent. Die Durchschnittsziffer zeigt folgende Entwicklung: 177,9, 165,8, 168,0 Prozent. In der Woche vom 19. bis 25. Juli sind die Großhandelspreise um 1,4 Prozent im Verhältnis zu der vorangegangenen Woche gefallen. Die Preisentwicklung bei Getreide und Mehl stellt sich sogar auf 3 Prozent.

### Produktionsmarkt.

**Hefe und Hette.** Bromberg, 3. August. Großhandelspreise für Hefe 100 kg. Lager Bromberg für 100 kg. netto: Towette-Zett 80 Zl., schwarzes Achsenfett 48, gelbes Achsenfett 60, Ledersett 90, Riemensatz 1. Gatting 2,70 die Rolle, Riemenseim "Dynamolit" das kg. 9,20 Zl.

**Kutter.** Lemberg, 2. August. Es wurden notiert für 100 kg.: Hefu 5—9 Zl., Stroh 5—6, Klee 8,50—10,00, Thymothee 10,50.

**Veder.** Krakau, 2. August. Rohleder für 1 kg.: Ohfleder 2,50, Kühlleder 2,20, Färbleder 2,80, eine ganze Kalbshaut 8—9 Zl.

**Künstliche Dünger.** Lemberg, 2. August. Das Interesse für künstliche Dünger ist weiterhin groß. Die Preise sind unverändert. Es wurden notiert für 1000 kg. ohne Packung loß Station Stebnik oder Kaluz: Kainit 24,2 Zl., Pottasche, Myros, 56, 25pro. 3,40, 25pro. 37, 25pro. 108,5 Zl.

### Materialienmarkt.

**Berliner Metallbörsen vom 2. August.** Preis für 100 kg. Gold-Mari. Hüttenrohrglas (fr. Berlehr) 69,00—70,00, Remalld Plattenjinz 60,00—61,00, Originalh. Alum. (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtzinn 2,30—2,35, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 2,40—2,50, Hüttenzinn (mindestens 99%) —, Reimnickel (98—90%) 3,40—3,50, Utriniton (Regulus) 1,15—1,20, Silber i. Barr. f. 1 kg. 900 sein 88,00—89,00.

### Biehmarkt.

**Bieh und Fleisch.** Krakau, 2. August. Es wurden notiert für 1 kg. Lebendgewicht Ioko Krakau: Bullen 0,95—1,35, Ochsen 1,10—1,90, Kühe 0,86—1,38, Fürsen 0,95 bis 1,35, Rinder 1,80—1,86, Schweine Lebendgewicht 2,

Gottes Güte schenkte uns heute einen gesunden, kräftigen Jungen.  
Albert Graf von der Goltz  
Ija Gräfin von der Goltz  
geb. Freiin Knigge.  
Czajce, den 2. August 1926. 9076

## Sprzedai przymusowa.

W piątek, dnia 6. b. m., przed południem o godz. 10-tej, będą w podwórzu firmy "Rawa" przy ul. Sniadeckich przez licytację najwielej dającemu za gotówkę dwie maszyny do obróbki drzewa sprzedane i to:

1 wyrówniarka i maszyna do wyrabiania kóli (pionowa).

### Kozłowski, kom. sądowy.

Zwangsvsteigerung. Freitag, d. 6. d. Mts., vorm. 10 Uhr, werden auf dem Hofe der Firma "Rawa", ul. Sniadeckich, an den Meistbietenden geg. Barzahlung 2 Holzbearbeitungs-maschinen verkauf. (1 Ausgleichsmaschine u. 1 für Räderefabrik.)



Kinder-Wagen  
preiswert in  
größter  
Auswahl

F. Kreski, Bydgoszcz, Grafska 7

## Dacharbeiten

Ausführung sämtlicher Arbeiten und Reparaturen an Schiefer, Ziegel- und Papp-Dächern

Doppelagige Klebepappdächer

Einfache Pappdächer

Überklebungen alt. Papp-dächer - Teerungen.

Kostenanschläge und Besuch meines Dachdeckermeisters kostenlos.

J. Pietschmann, Bydgoszcz

Kontor und Fabrik:  
Grudziądzka (Jakobstr.) 8

Telefon Nr. 82. Gründungsjahr 1845.

## WERBE-DRUCKSACHEN

IN ERSTKLASSIGER AUSFÜHRUNG  
LIEFERT PREISWERT U. PROMPT

A. DITTMANN T. Z. O.P.  
BYDGOSZCZ  
Jagiellońska 16 -- Telefon 61

## Steinkohlen

aus den besten Ober-schlesischen u. den besten Dąbrowsker Gruben

Prima Oberschlesische Koks  
Holz in Kloben u. ösenfertig

empfiehlt ab Lager Dworcowa (Bahnhofstraße) 89 und Podolska (Buchholzstraße) 6

Tel. Józef Reich, Bydgoszcz. Tel.

740. Józef Reich, Bydgoszcz. Tel.

Unterricht  
in Buchführung  
Maschinenschreiben  
Stenographie  
durch  
Bücher-Revisor

G. Boreau  
Jagiellońska 14.

Herrenschuhe  
5,50, Damen-schuhen 3,50.  
5431 Gdańsk 137.

Warne hierdurch je-  
den, meinem Manne

Gustav Karau  
etwas zu bergen, da er  
sich von mir eigenmäch-  
tig entfernt hat und ich  
für nichts aufstomme.

Hedwig Karau  
geb. Gründl, 9096  
Józefkowo,  
powiat Szubin.

## Klobenholz

liefert waggonweise sowie in kleineren Mengen ab Lager

### Gustav Schlaak

ul. Marcinkowskiego 8a

Telefon 1923. 9007

## Achtung Gartenbesitzer!

Der August ist die beste Pflanzzeit f. Erdbeeren.

Berlangen Sie umgehend meine 899

## Preisliste über Erdbeerpfonzen.

H. Petzel,  
Obitzbaum- und Rosenschulen

Oborzyska-Stare, pow. Kościan.

## Unser Hühneraugentollodium

ist besser und billiger als alle anderen angepriesenen Präparate.

Schwanen-Drogerie, Bromberg.

Danzigerstrasse 5.

Von 9-2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand  
Dr. v. Behrens  
(obronica pryw.)

Von 4-8 Promenada 3

8883

## + Danl- sagung. +

Gebe gern unentgelt-lich Kunststift, wie mein Sohn, der schwer an Epilepsie, Fallkrampf, Krämpf, litt, in kurzer Zeit geheilt ist und 4 J. d. Feldzug mitmachte.

Frau E. Müller,

Urheilgen b. Darmstadt

Kolonie Nr. 31. 9058

## Lauten-Unterricht

mit Gelang erteilt  
5363 3duny 3, I. Etg.

Telefon 1923

Erstklassiges

Steinkohlen

auf 3 Maschinen

Bruno Riedel,

Eisengießerei,

Ronit (Chojnice).

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

8700

</div



### Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Ver-  
fügung im „Monitor Poloni“ für den 3. August auf 6,0348 Zloty fest-  
gestellt.

**Der Zloty am 2. August.** Danzig: Ueberweis. 56,45—56,60,  
Zloty 56,68—56,82, Berlin: Ueberweis. Warschau 45,705—46,04%,  
Raffowitz 45,98—46,22, Bösen 46,08—46,32, bar 46,11—46,59, Brag:—  
Ueberweisung 377—383, Wien: Ueberweisung 77,05—75,55, Südtirol:  
56,50, Budapest: bar 7800—8100, Bielarost: Ueberweis. 2430,  
Czernowitz: Ueberweisung 2400.

**Wardauer Börse vom 31. Juli.** Umsätze. Verkauf — Kauf.  
Belgien 23,60, 23,66—23,54, Holland —, London 44,20, 44,31 bis  
44,09, Neapel 9,07, 9,09—9,05, Paris 23,25—23,31—23,19, Prag 26,95,  
27,02—26,88, Riga —, Schweiz 175,92%, 176,36—175,95, Stockholm  
—, Wien 128,60, 128,92—128,28, Italien 29,65, 29,72—29,58.

Bon der Warschauer Börse. Warschau, 2. August. (Eig.  
Draht.) Die Devisen auf Paris und Belgien lagen heute auf  
der offiziellen Geldbörse stärker. Der Dollar kurs ist unverändert.  
Der gesamte Balata- und Devisenumsumstieg stellte sich auf 200 000  
Dollar. Den Bedarf deckte vollständig die Bank Poloni. Im pri-  
vaten Geldverkehr zahlte man für den Dollar 9,07. Für den Gold-  
rubel forderte man 4,74, zahlten wollte man aber nur 4,72. Es kam  
darum zu keinen Geschäftsausschlüssen. Von den staatlichen An-  
leihen haben sich sowohl Eisenbahnanleihe als auch fünfprozentige  
Konversionsanleihe abgeschwächt. Pfandbriefe und Aktien lagen  
stärker.

**Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom**  
**2. August.** In Danziger Gulden wurden notiert für Banknoten:  
100 Reichsmark —, Gd., —, Br., 100 Zloty 56,45 Gd.,  
56,60 Br., 1 amerik. Dollar 5,115 Gd., 5,135 Br., Schied London  
24,950 Gd., 24,950 Br. — Telear. Ausschüttungen: London 1 Pfund  
Sterl. 25,00 Gd., 25,00 Br., Berlin 100 Reichsmark 122,297 Gd.,  
122,603 Br., Neapel 1 Dollar 5,115 Gd., 5,1491 Br., Holland 100  
Gulden —, Gd., —, Br., Zürich 100 Fr. —, Gd., —, Br.,  
Paris 100 Fr. —, Gd., —, Br., Brüssel 100 Fr. —, Gd., —, Br.,  
Br., Helsingfors 100 finn. M. —, Gd., —, Br., Stockholm 100  
Fr. —, Gd., —, Br., Kopenhagen 100 Kr. —, Gd., —, Br.,  
Oslo 100 Kronen —, Gd., —, Br., Warschau 100 Zl. 56,45  
Gd., 56,60 Br.

**Zürcher Börse vom 2. August.** (Amtlich) Warschau 57,50,  
Neapel 5,16%, London 25,12%, Paris 13,18, Wien —, Prag 15,30, Italien 16,82%, Belgien 13,50, Budapest 0,00723, Hel-  
singfors 13,01%, Sofia 3,70%, Holland 207,65, Oslo 113,20,  
Kopenhagen 137,05, Stockholm 138,35, Spanien 79,50, Buenos  
Aires 120,91%, Tokio —, Bulares 2,36%, Athen 5,70, Berlin  
123,02%, Belgrad 9,11, Konstantinopel 2,90.

Die Bank Poloni zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine  
8,98 Zl. do. II. Scheine —, Zl. 1 Pfld. Sterling 44,00 Zl.  
100 franz. Franken 23,00 Zl., 100 Schweizer Franken 175,00 Zl.

100 deutsche Mark 215,40 Zl., Danziger Gulden 174,60 Zl., österr.  
Schilling 127,90 Zl., tschech. Krone 26,75 Zloty.

### Berliner Devisenkurse.

Offizielle Börsent- sätze	Für drahtlose Auszäh- lung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		30. Juli Geld	Brief	29. Juli Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pfd.	1.698	1.702	1.699	1.703
—	Kanada . . . 1 Dollar	4,198	4,208	4,198	4,208
7,3%	Japan . . . 1 Yen	1,977	1,981	1,980	1,984
—	Konstantin. Irl. Pfd.	2,35	2,36	2,335	2,345
5%	London 1 Pfd. Strl.	20,394	20,446	20,391	20,443
3,5%	Neueng. . . 1 Dollar	4,195	4,205	4,195	4,197
—	Riobé Janeiro Mir.	0,643	0,645	0,645	0,647
—	Uruguay 1 Goldpf.	4,155	4,165	4,135	4,145
3,5%	Umfestdam . . . 100 Fl.	168,57	168,99	169,01	169,01
10%	Athen . . .	4,79	4,81	4,69	4,71
7%	Brüssel-Ant. 100 Fr.	10,55	10,61	10,33	10,37
6,5%	Danzig . . . 100 Guld.	81,60	81,80	81,60	81,80
7,5%	Helsingfors 100 fl. M.	10,55	10,59	10,548	10,588
7%	Italien . . . 100 Lira	13,50	13,54	13,59	13,60
7%	Jugoslavien 100 Dm.	7,39	7,41	7,405	7,425
5%	Kopenhagen 100 Kr.	111,26	111,54	111,21	111,49
9%	Lissabon . . . 100 Esc.	21,455	21,505	21,425	21,475
5,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	91,88	92,12	91,88	92,12
6%	Paris . . . 100 Fr.	10,085	10,125	9,91	9,95
6%	Prag . . . 100 Kr.	12,418	12,458	12,418	12,458
3,5%	Schweiz . . . 100 Fr.	81,13	81,33	81,14	81,34
10%	Sofia . . . 100 Leva	3,03	3,04	3,04	3,05
5%	Spanien . . . 100 Pes.	64,52	64,68	64,17	64,33
4,5%	Stockholm . . . 100 Kr.	112,26	112,54	112,26	112,54
7,5%	Wien . . . 100 Sch.	59,35	59,49	59,26	59,45
7%	Budapest 100 000 Kr.	5,872	5,892	5,872	5,892
10%	Warschau . . . 100 Zl.	45,98	46,22	45,78	46,02
—	Raiet . . . 1 äg. Zl.	20,924	20,976	20,924	20,976

### Diskontsaufschlag der Reichsbank 6 Prozent.

**Berliner Börse vom 3. August.** (Eigener Drahtbericht.) Der heutige vorbörsliche Freiverkehr widersetzte sich bei sehr nachgebender Tendenz in ziemlich engen Grenzen ab. Am Anleihemarkt herrscht Ruhe. Bei fremden Werten herrscht nach einigen Werten Nachfrage. Die Säge für Dages- und Weinsatzgeld sind unverändert. Ebenso ist am internationalem Devisenmarkt eine wesentliche Veränderung nicht zu bemerken.

### Altienmarkt.

**Posener Börse vom 3. August.** Wertpapiere und Obligationen: spros. listy zdov. Pos. listy zdov. Ziem. Kredyt. 9,90—9,50. Spros. listy Pos. Ziem. Kredyt. 5,45—5,50. — Bankaktien: Bank Przemysl. 1.—2. Em. 1,00. — Industrieaktien: Arlona 1. bis 5. Em. 1,70. Barckowski 1.—7. Em. 1,20. Cegielski 1.—9. Em. 9,00.

**Gesucht**  
Landwirtschaftlicher  
Beamter  
auf 700 Mrg. gr. Gut.  
Bedingung ledig, un-  
bedingt verlässlich und  
energisch. Kenntnis der  
polnischen Sprache not-  
wendig. Austritt spätestens  
1. September. Anträge mit  
Lebenslauf und  
Zeugnis. Abschr. unter  
C. 8890 an die Gf. d. Stg.

Zum 1. 10. 1926 gesucht  
**Dame**

im Kochen und in allen  
Zweigen eines Haus-  
halts erfahren (auch  
Büroarbeiten), sucht  
passend. Wirtungsreis.  
Angeb. unter A. 8951 a.  
d. Geist. d. 3. erbet.

**Müller-  
Geselle**

21 J. alt, 3½ J. beim  
Fach, sucht Stell. Zl.,  
wo später Kauf der  
Mühle ob Einheit oder  
möglich.

Gutes Zeugnis u.  
25,00 Zl. vorhand.

Gef. Off. u. S. 8940  
a. d. G. d. 3. erbet.

**Müllergeselle**

sucht von sofort oder  
später Stellung. An-  
gebote bitte zu richten  
auf Otto Schulz, Nie-  
tuślewo, Kr. Chodzież.

Younger, ehrlicher  
Müllergeselle

sucht Stell. a. Dampf-  
mühle. Wassergröde. Gute  
Zeugen vorh. Off. unt.  
W. 5395 a. d. G. d. 3tg. erbet.

**Wirt-  
schafterin**

wo sie a. einige Möbel  
mitbringen kann. Off.  
unt. W. 5362 an die  
Gesch. d. 3tg. erbet.

**Leihgärtner**

auch Hofgärtner. An-  
frage unter Posnau 100. S.  
9088.

**Gärtner-**

**Gärtner-**